



# HANDLUNGSORIENTIERUNG. GERADE JETZT! POLITISCHE JUGENDBILDUNG IM JUGENDPOLITISCHEN SELBSTVERSTÄNDNIS

**Nach der Veröffentlichung erster Studien zur Problem- und Krisenwahrnehmung von Jugendlichen seit Beginn der Corona-Pandemie, wird die Notwendigkeit zusätzlicher politischer Bildungsangebote zunehmend offensichtlich.<sup>1</sup> Emotionen wie Verunsicherung, Ohnmacht, Angst und Zukunftssorgen bestimmen das aktuelle Erleben vieler junger Menschen.<sup>2</sup> Diskussions-, Erfahrungs- und Handlungsräume junger Menschen werden zudem eingeschränkt. Viele Jugendliche fühlen sich mit ihren Sorgen politisch nicht ernst genommen und mit ihren Interessen während der ersten Monate der Corona-Pandemie nicht wahrgenommen.<sup>3</sup>**

## Handlungsorientierung als Kernziel politischer Jugendbildung

Politische Jugendbildung befähigt junge Menschen dazu, sich ein eigenständiges politisches Urteil zu bilden, ihre Interessen einzubringen und demokratische Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Dieser wichtige Auftrag gewinnt in krisenhaften Zeiten komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen noch an Bedeutung. Politische Bildungsangebote unterstützen junge Menschen gerade in Situationen großer Zukunftsängste dabei, zusammen mit Gleichaltrigen ein Nachdenken über die eigene und die gesellschaftliche Zukunft anzuregen und zu begleiten.

Handlungsorientierung stellt ein wichtiges Ziel in der politischen Bildung dar und betont auch das jugendpolitische Selbstverständnis in der politischen Jugendbildung. Dazu gehört die Aufgabe, eine anwaltschaftliche Vermittlerfunktion für die Anliegen und Interessen junger Menschen zu übernehmen. In diesem Verständnis müssen sich die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf das Jahr 2020 selbstkritisch fragen, inwiefern es unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie gelungen ist, die Interessen junger Menschen in der politischen Debatte sichtbar zu machen.

In der Jugendarbeit insgesamt, aber auch in der Landschaft der politischen Jugendbildung waren die ersten Monate der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 vor allem davon geprägt, die eigene Arbeit aufrechtzuerhalten oder auf digitale Formate umzustellen. Viele Beiträge in diesem Jahrbuch beschreiben die innovativen und kreativen Ergebnisse dieser Fortentwicklung in Form einer vielseitigen, digitalen politischen Jugendbildungsarbeit. Zugleich blieben Bildungsstätten geschlossen, Veranstaltungen mussten abgesagt, Mitarbeiter\*innen der Tagungshäuser in die Kurzarbeit geschickt werden. In diesen turbulenten Monaten blieb folglich wenig Zeit und Raum, um die eigene Arbeit gemäß eines jugendpolitischen Selbstverständnisses auszuüben und die Sichtweisen Jugendlicher gerade in dieser gesellschaftspolitischen Umbruchsituation zu verstärken, sie im öffentlichen Diskurs erkennbar zu machen und aktiv in jugendpolitische Debatten hineinzutragen.

## Bildung ist mehr als Schule – nur nicht, wenn's drauf ankommt ...

Die Corona-Pandemie hat deutlich werden lassen, dass sich außerschulische Angebote in den Kooperationsbeziehungen mit formalen Bildungssystemen in der schwächeren Position befinden und seitens der schulischen Partner, der Kultusministerien und Schulbehörden häufig als verzichtbares Zusatzangebot angesehen werden. Von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis mit Bildungslandschaften, die sich auch außerhalb der Institution Schule erstrecken und die Anwaltsfunktion für die Interessen Jugendlicher in politische Diskurse außerhalb des bildungspolitischen Referenzrahmens einbringen, konnte keine Rede sein. Kooperationsprojekte mit Schulen, Aktionstage und Projektwochen an Schulen wurden 2020 vollständig abgesagt.

---

Der Rückzug der schulischen Partner vollzieht sich in vielen Bundesländern bis weit in das kommende Schuljahr hinein und ein Ende dieses Rückzugs ist nicht absehbar. Was im formalen Bildungsverständnis jetzt zu zählen scheint, sind die Aufgaben, junge Menschen schnell „abschlussfähig“ zu machen, Prüfungen und Schulstoff nachzuholen und dies natürlich insbesondere in den Kernfächern. Außerschulische Bildungsaktivitäten, die vielfältigen Potenziale der außerschulischen digitalen Bildungsangebote und vor allem die politische Bildung, deren gesellschaftliche Bedeutung mit Blick auf die Ermöglichung von Handlungsorientierung in Krisenzeiten enorm wächst, haben in diesem Bildungsverständnis während der Schulschließungen und auch über die Lockerungen hinaus keinen Platz gefunden. Kinder- und Jugendliche tauchten in der öffentlichen Debatte während der Corona-Pandemie in erster Linie als „Zu-Beschulende“ oder als „Betreuungsfaktoren“ auf. Innerhalb des Systems Schule geriet lediglich der Unterricht als die Kernfunktion von Schule in den Blick. Außerhalb des Systems Schule waren in der öffentlichen Debatte gleich gar keine anderen relevanten Lebenswelten und Orte des non-formalen und informellen Lernens von Jugendlichen auf dem Schirm. Dass außerschulische Lernorte überhaupt für Jugendliche relevant sein könnten, offenbarte sich in einigen Kommunen und Bundesländern erst dann, als deutlich wurde, dass alle außerschulischen Ferienangebote auszufallen drohten, was in den nach diesem verengten Bildungsverständnis nur konsequenten Vorschlag mündete, man könne die Sommerferien ja einfach verkürzen.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht beschreibt Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung als die Kernherausforderungen der Jugendphase. Für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht es in der Zeit des Aufwachsens darum, sich zu qualifizieren, selbstständig zu werden und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.<sup>4</sup> Bereits vor der Corona-Pandemie kritisiert der 15. Kinder- und Jugendbericht zurecht, dass sich die öffentliche und mediale Debatte um Jugendliche vor allem um das Thema Qualifizierung drehe und damit das formale Bildungssystem als Bezugssystem für Bildung im Fokus stehe. Außerschulische Lernorte, vom Jugendtreff über den Sportverein, die Jugendbildungsstätte und die Ferienfreizeit, sind jedoch nicht nur zentrale Orte der Qualifizierung, sondern auch der Verselbstständigung und der Selbstpositionierung. Insbesondere die politische Jugendbildung leistet mit ihrem Kernziel der Handlungsorientierung einen wichtigen Beitrag zur Selbstpositionierung Jugendlicher. Als Schlussfolgerungen aus der jugendpolitisch verorteten Bildungspraxis der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung finden sich einige Beispiele dafür, wie eine politische Jugendbildung im jugendpolitischen Selbstverständnis gelingt:

#### [Sprecht ihr auch Jugendpolitik? – Die Sichtbarmachung politischer Themen und die ressortübergreifende Jugendpolitik als Aufgaben der politischen Bildung](#)

Ein wichtiger Bestandteil der eigenständigen Jugendpolitik besteht darin, diese ressortübergreifend zu denken. Das Ziel von mehr Jugendgerechtigkeit in Politik und Gesellschaft ist nur dann zu erreichen, wenn Jugendpolitik querschnittartig und politikfeldübergreifend gemacht wird und sich auch außerhalb der direkten Zuständigkeit der Jugendministerien verankert. Die Akteure der politischen Jugendbildung können an dieser Stelle eine wichtige Vermittlerfunktion einnehmen. Die Praxis der politischen Jugendbildung deckt in der Bearbeitung politischer Themen mit Jugendlichen eine große Themenvielfalt ab. Jugendliche werden in Bezug auf ihr politisches

Interesse jedoch häufig unterschätzt. Während die Aussage, Jugendliche seien grundsätzlich eher wenig politisch interessiert, schon vielfach empirisch widerlegt wurde,<sup>5</sup> hält sich die Annahme hartnäckig, dass sich das politische Interesse Jugendlicher thematisch eher eng fassen lasse. Somit wird das angenommene politische Interesse Jugendlicher häufig auf den Kontext der Kommune oder der Schule konzentriert (zum Beispiel die Neugestaltung des Bolzplatzes oder des Schulhofs, die Einrichtung eines Nachtbusses usw.). Auch wenn gerade die Kommunalpolitik fraglos hervorragende Anlässe bietet, um Beteiligung zu erfahren und Politikgestaltung vor Ort nachvollziehbar zu machen, interessieren sich Jugendliche für politische Themen in ihrer ganzen Breite. Fridays for Future sind mit ihrem Engagement für den Klimaschutz als globale Herausforderung hierfür das beste Beispiel. Jugendliche beschreiben Themen, für die sie sich interessieren, allerdings seltener explizit als politisch.<sup>6</sup> Genau hier übernehmen die Praktiker\*innen der politischen Jugendbildung eine wichtige Vermittlerfunktion, indem sie für Jugendliche sichtbar machen, welche politische Relevanz ihre Interessen haben.

Je nach Interesse der Teilnehmenden und Aktualität des Politikgeschehens stehen demnach unterschiedliche Politikfelder von Umweltpolitik über Arbeitsmarktpolitik, von der Bildungspolitik bis zur Netzpolitik im Fokus von politischen Jugendbildungsangeboten. Diese Auseinandersetzung findet in der Praxis auch häufig im Dialog zwischen den teilnehmenden Jugendlichen und zuständigen Fachpolitiker\*innen und Entscheidungsträger\*innen statt. Während die Fachpolitiker\*innen viel Expertise für ihr jeweiliges Politikfeld mitbringen, beschäftigen sie sich mit dem „weichen“ Politikfeld der Jugendpolitik meist nur selten und sind sich der jugendpolitischen Implikationen ihres Politikfeldes oftmals kaum bewusst. Der Dialog mit den Jugendlichen und den Akteuren der politischen Jugendbildung kann dabei unterstützen, diese Lücke zu schließen und bestimmte Politikfelder jugendpolitisch zu

beleuchten. Hier wiederum liegt die Vermittlerrolle der politischen Jugendbildung für die Fachpolitiker\*innen und politischen Entscheidungsträger\*innen. Diese Vermittlerrolle funktioniert auch in Richtung der jugendpolitischen Fachpolitiker\*innen. Die jugendpolitischen Dimensionen der Netz-, der Wohnungs- oder der Rentenpolitik geraten beispielsweise auffallend selten in das Sichtfeld vieler ausgewiesener Jugendpolitiker\*innen. Auch hier findet sich ein Aufgabenfeld für die Vermittlerfunktion der politischen Jugendbildung, die sich Politik eher aus einer generalistischen Perspektive nähert.

### Machen wir nur mit oder gestalten wir auch? – Die Verknüpfung von Jugendbeteiligung und politischer Bildung

Die Stärkung jugendgerechter Beteiligungsformate ist ein wichtiger Kernbestandteil der Jugendpolitik. Der Umgang mit der Covid-19-Pandemie hat verdeutlicht, dass Jugendbeteiligung auch dann mitgedacht werden muss, wenn schnelle politische Entscheidungen notwendig sind. Die ersten sechs Monate der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass es bisher keine Ansätze für die Umsetzung einer krisenfesten Jugendbeteiligung gibt, die Jugendlichen auch in turbulenteren Zeiten politischer Entscheidungsfindung zumindest ein Anhörungsrecht gewährt, von einem etablierten Mitspracherecht Jugendlicher in Krisenstäben ganz zu schweigen. Die hierfür notwendigen Strukturen wurden bereits in den vergangenen Jahren gestärkt. In den jugendpolitischen Vorhaben der letzten Jahre wurden Beteiligungsformate wie Jugendgemeinderäte und Jugendforen ausgebaut und die Umsetzung der jugendgerechten Kommunen gestärkt. Innerhalb der verschiedenen Handlungsfelder der Jugendarbeit ist Jugendbeteiligung zudem als grundsätzliches Prinzip verankert, indem Jugendliche die Angebote der Jugendarbeit mitgestalten.

---

Die Dimension der politischen Bildung ist jedoch in den verschiedenen Beteiligungsformaten nicht automatisch konzeptionell mit angelegt. Fragen wie: „Was kann ich durch meine Beteiligung bewirken und lernen?“, „Welche Folgen hat es, wenn ich mich nicht beteilige?“ oder „Wie kommen politische Entscheidungen zustande und wie kann ich sie beeinflussen?“ müssen in den Beteiligungsformaten konzeptionell mit vorgesehen werden, sodass die politische Dimension von Beteiligung für Jugendliche nicht potenziell unsichtbar bleibt. Hier können Angebote politischer Jugendbildung gut ansetzen, um Jugendbeteiligung konzeptionell mit politischer Bildung zu verbinden. Politische Bildner\*innen der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung sind in die Begleitung von Jugendforen oder in die Umsetzung von Maßnahmen der jugendgerechten Kommunen eingebunden. Sie kooperieren mit den Jugendverbänden, Jugendgemeinderäten, oder vorhandenen Jugendbeteiligungsformaten in ihrer Region.

Leider ist diese Verknüpfung zwischen verfassten Jugendbeteiligungsformaten wie Jugendgemeinderäten und den Angeboten der politischen Bildung in Verantwortung der Träger der politischen Jugendbildung in der Kommune und auf Landes- und Bundesebene bisher weder strukturell angelegt, noch durch Förderprogramme der öffentlichen Hand explizit forciert.

Wie Beispiele der Evangelischen Trägergruppe auch in diesem Jahrbuch zeigen, gründen die Akteure der politischen Jugendbildung auch eigene Foren für Jugendbeteiligung (zum Beispiel jugendpolitische Teams, Teams der Jungen Akademie, Peer-to-peer-Mentoring in Zukunft-Labs), die im Gegensatz zu Jugendbeteiligungsforen wie Jugendgemeinderäten meist projekthaft angelegt sind. Sie unterstützen Jugendgruppen dabei, eigene thematische und zeitlich begrenzte Vorhaben in den politischen Diskurs einzuspeisen. Der Beitrag der politischen Jugendbildung ist neben der pädagogischen Begleitung auch die Übernahme der Vermittlerfunktion, indem sie Jugendliche dabei unterstützt, ihre politischen Anliegen in jugendgerechte Ausdrucksformen zu fassen. Ein Wunsch an die jugendgerechte Netzpolitik wird somit vielleicht eher in Form von Memes artikuliert, die Anliegen für die Umweltpolitik in einen Poetry Slam verpackt oder Ideen für ein

jugendgerechtes Dorf im Computerspiel Minecraft sichtbar. In diesen projekthaften Beteiligungsformaten in den Angeboten der politischen Jugendbildung lassen sich auch leichter Jugendliche erreichen, die sich bisher noch nicht politisch zum Beispiel im Jugendverband oder Jugendgemeinderat engagiert haben.

Da die Kooperation mit Akteuren der politischen Jugendbildung in Formen verfasster Jugendbeteiligung wie Jugendgemeinderäten jedoch meist nur kurzfristig angelegt ist (zum Beispiel einmalige Begleitung eines Beteiligungsworkshops), fällt es der politischen Jugendbildung in diesem Zusammenhang schwerer, ihre Vermittlerfunktion für die politischen Anliegen Jugendlicher in Richtung der politischen Entscheidungsebenen wahrzunehmen. Denn die Ideen der Jugendlichen müssen aus der jugendgerechten Ausdrucksform für die Passgenauigkeit in die politischen Kanäle wieder rückübersetzt werden, indem sie beispielsweise in formelle Anträge gegossen oder bei der nächsten Sitzung des Gemeinderats auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies bedarf einer längerfristig angelegten Begleitung und Zuständigkeit.

Gerade in kurzfristig angelegten und projekthaften Teilnehmungsformaten muss sichergestellt werden, was mit den Ergebnissen der Jugendbeteiligung weiter geschieht und auf welche Weise mit ihnen politisch weitergearbeitet werden soll. Auch dieser Rückspielkanal zu den beteiligten Jugendlichen muss konzeptionell mit angelegt sein, wenn Jugendbeteiligungsformate mit Angeboten politischer Jugendbildung verknüpft werden. Da die strukturellen Schnittstellen zwischen den Angeboten der politischen Jugendbildung und den zuständigen Stellen für Jugendbeteiligungsformate noch zu selten etabliert sind, liegt in der Vermittlerfunktion in Richtung der politischen Entscheidungsebenen ein wichtiges Entwicklungsfeld für die stärkere Verknüpfung von politischer Bildung und Jugendbeteiligung.

Angeht der aktuellen Situation und der Erfahrungen junger Menschen in der Covid-19-Pandemie sind die Akteure der politischen Jugendbildung in besonderer Weise aufgefordert, die Handlungsorientierung in den Mittelpunkt ihrer Bildungsarbeit zu stellen und sich in verstärktem Maße ihres jugendpolitischen Selbstverständnisses bewusst zu sein und danach zu handeln. Denn Handlungsorientierung und ein jugendpolitisches Selbstverständnis der eigenen Arbeit sind untrennbar miteinander verbunden. Dies gilt

insbesondere dann, wenn Interessen und Anliegen junger Menschen in Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen und schneller, tiefgreifender politischer Entscheidungen unterzugehen drohen. Die Zugänge und Ansätze für die jugendpolitische Vermittlerfunktion der politischen Jugendbildung sind bekannt und vielfach in der Praxis erprobt. Sie müssen jetzt mehr denn je selbstbewusst eingebracht, strukturell ermöglicht und förderpolitisch gestärkt werden.

1. Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) (2020): Jugendbildung in Corona-Zeiten. Stellungnahme. Online verfügbar: <http://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2020/09/GEMINI-Erkla%CC%88rung.pdf>, Zugriff: 13.10.2020.
2. Calmbach, Marc et al. (2020): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn.
3. Andresen, Sabine et al. (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim. Online verfügbar: [https://hildok.bsz-bw.de/files/1078/Rusack\\_JuCo.pdf](https://hildok.bsz-bw.de/files/1078/Rusack_JuCo.pdf), Zugriff: 13.10.2020.
4. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. BT-Drucksache 18/11050. Berlin. Online verfügbar: <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, Zugriff: 13.10.2020.

5. Calmbach, Marc; Borgstedt, Silke (2012): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Kohl, Wiebke; Seibring, Anne (Hrsg.) „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. Bonn.
6. Arnold, Nina et al. (2011): Sprichst du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen. Berlin.

*Hanna Lorenzen ist Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.*

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.) (2020): Don't panic, act now. Beteiligung und Demokratie in der politischen Jugendbildung. Jahrbuch 2020. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 10–15. [www.politische-jugendbildung-et.de](http://www.politische-jugendbildung-et.de)*